

Hamburg-Harburg, den 23. Mai 2026

Harburger Linksfraktion fordert Sondersitzung im Sozialausschuss:

Soziales Netz in Gefahr!

Bezirk Harburg. Kürzungen bei Sprachkursen und wegbrechende Projektförderungen bedrohen den sozialen Zusammenhalt in Harburg. Die Linksfraktion fordert nun eine öffentliche Sondersitzung, um die dramatischen Folgen der „Harburger Erklärung“ zu stoppen.

Mit der „Harburger Erklärung“ haben zahlreiche soziale Einrichtungen im Bezirk Alarm geschlagen: Die Infrastruktur für Integration, Bildung und Kultur steht vor dem Kollaps. Um Transparenz über die drohenden Kahlschläge zu schaffen, hat die Fraktion Die Linke Harburg nun einen Antrag auf eine öffentliche Sondersitzung eingebracht (Drs. 22-1762).

Der Grund für den Vorstoß ist ernst: Viele Träger*innen leiden unter fehlender Planungssicherheit. Besonders kritisch ist die Lage bei den Integrationskursen. Hier führen Kürzungen dazu, dass Menschen keine Chance auf schnelle Teilhabe oder den Einstieg in den Arbeitsmarkt erhalten. Zudem versiegen wichtige Fördermittel wie die sogenannten SIN-Mittel, die bisher die Unterstützung für Geflüchtete gesichert haben.

Simon Dhemija, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion Harburg, erklärt dazu: *„Es ist unverantwortlich, wie hier bewährte Strukturen sehenden Auges gegen die Wand gefahren werden. Wenn Sprachkurse wegfallen und Träger nicht wissen, wie sie ihre Mitarbeiter*innen im nächsten Monat bezahlen sollen, gefährdet das den gesamten sozialen Frieden in unserem Bezirk.“*

Die Linksfraktion kontrastiert diese Politik der Kürzungen mit einem klaren Gegenentwurf: Statt den Rotstift bei den Schwächsten anzusetzen, müssen soziale Strukturen als Investition in die Zukunft begriffen werden. Eine Sondersitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Gesundheit und Inklusion soll nun alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Auch der Vorstand des Bezirksverbandes die Linke Harburg begrüßt das fortgesetzte Engagement der neuen Bezirksfraktion zum Erhalt oder gar Stärkung der sozialen Strukturen vor Ort.

Dhemija ergänzt: *„Wir wollen, dass die Betroffenen selbst zu Wort kommen. Die Behörden müssen erklären, wie sie die soziale Infrastruktur in Harburg sichern wollen. Wir fordern eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung der Träger*innen, damit Harburg ein Zuhause für alle bleibt – unabhängig vom Geldbeutel oder der Herkunft.“*

Hintergrund

Am 18. März 2026 veröffentlichten zahlreiche Harburger Träger der Integrations- und Bildungsarbeit ein gemeinsames Manifest: die „**Harburger Erklärung**“. Darin weisen sie auf die zunehmende Gefährdung der sozialen Landschaft durch Sparmaßnahmen hin.

Hinter dem **Kürzel SIN** stehen die *Sozialräumlichen Integrationsnetzwerke der Jugend- und Familienhilfe*. Diese Netzwerke sichern die Verbindung zwischen verschiedenen Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Stadtteil. Die Linksfraktion kritisiert, dass durch unsichere Finanzierungen diese gewachsenen Strukturen wegzubrechen drohen.

Der Antrag (Drs. 22-1762): Die Fraktion Die Linke Harburg beantragt konkret die Einladung von Vertreter*innen der unterzeichnenden Initiativen, des Integrationsrates sowie der zuständigen Fachbehörden in den Sozialausschuss. Ziel ist es, die Auswirkungen der Kürzungen offenzulegen und Maßnahmen zur Rettung der sozialen Infrastruktur zu erarbeiten.